

Parlamentsdebatte im britischen Unterhaus über den Schuman-Plan (27. Juni 1950)

Legende: Angesichts der zahlreichen Gegner des Schuman-Plans richtet sich Winston Churchill am 27. Juni 1950 an das britische Unterhaus und kritisiert das Fehlen des Vereinigten Königreichs am Verhandlungstisch um die europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft.

Quelle: Parliamentary Debates. House of Commons-Official report. First session of the Thirty-Ninth Parliament of the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland. 14 George VI. Dir. of publ. Hansard. 1950, No 476; fifth series. London: His Majesty's Stationery Office. p. 2106-2112; 2142-2148; 2151-2159.

Urheberrecht: (c) Übersetzung CVCE.EU by UNI.LU

Sämtliche Rechte auf Nachdruck, öffentliche Verbreitung, Anpassung (Stoffrechte), Vertrieb oder Weiterverbreitung über Internet, interne Netzwerke oder sonstige Medien für alle Länder strikt vorbehalten. Bitte beachten Sie den rechtlichen Hinweis und die Nutzungsbedingungen der Website.

URL:

http://www.cvce.eu/obj/parlamentsdebatte_im_britischen_unterhaus_uber_den_schuman_plan_27_juni_1950-de-0e88cf11-7b12-4ca2-ba4f-00207d49415f.html

Publication date: 05/07/2016



Parlamentsdebatte im Unterhaus (27. Juni 1950)

[...]

Mr. Edelman (Coventry, Nord): Der Abgeordnete für Oxford (Mr. Hogg) hat gestern Abend in einer leidenschaftlichen Rede klar zum Ausdruck gebracht, dass er gegen bestimmte Garantien bereit sei, die britische Souveränität einer höheren Autorität zu unterstellen. Diese Aussage war offen und unmissverständlich, doch hat der Kollege nicht klar geäußert, inwieweit er seine eigene Partei bei dieser Erklärung vertritt. Seit sich der Oppositionsführer das erste Mal für den Gedanken eines vereinigten Europas ausgesprochen hat, lässt sich nicht genau feststellen, inwieweit die Opposition bereit ist, den Verzicht auf die britische Souveränität mitzutragen. Das ist eines der Probleme der ehrenwerten Herren auf dieser Seite des Unterhauses.

Als die Debatten im vergangenen Jahr in Straßburg eröffnet wurden, waren viele Journalisten sowohl in Europa als auch in Amerika der Ansicht, dass die Konservative Partei angesichts ihrer Unterstützung für die Idee eines vereinten Europas bereit sei, den Gedanken eines föderalen Europas ohne zu zögern zu unterstützen. Dieser Eindruck war so weit verbreitet, dass den Labour-Vertretern, die darauf drängten, die europäische Einheit durch Zusammenarbeit in spezifischen Institutionen für spezifische Zwecke herzustellen, Verzögerungstaktiken vorgeworfen wurden. Obwohl die britische Labour-Regierung über einen so langen Zeitraum hinweg und trotz großer Entbehrungen für die Bevölkerung dieses Landes einen praktischen Beitrag zum Wohl Europas geleistet hatte, und obwohl Großbritannien viele Opfer für den Wiederaufbau des Kontinents gebracht hatte, hielt man die Labour-Vertreter für Gegner der europäischen Einheit.

Als der Oppositionsführer zum ersten Mal in Straßburg ans Rednerpult trat, erwarteten viele der Anwesenden, dass er nun einen Generalangriff gegen den Lord President of the Council führen würde. Darauf hatten die Zeitungskorrespondenten die Öffentlichkeit vorbereitet. Als der Oppositionsführer dann jedoch das Wort ergriff, sprach er sich – weit entfernt davon, den Lord President anzugreifen – sehr engagiert für dessen Ansatz in Bezug auf die Einigung Europas aus. Der Oppositionsführer sagte:

„Es steht uns nicht zu, Entscheidungen zu treffen, die exekutive Befugnisse erfordern. Wir dürfen nicht aufgrund des gegenwärtigen Wahlsystems versuchen, die Befugnisse von ordnungsgemäß konstituierten nationalen Parlamenten in Frage zu stellen, die in allgemeiner Wahl gewählt wurden.“

Auf die Frage nach der künftigen politischen Struktur Europas eingehend, erklärte der Oppositionsführer:

„Um es einfach und bildlich auszudrücken – es kann nicht schaden, sich das Mädchen einmal anzusehen, bevor man es heiratet.“

Genau dies ist der Ansatz der Regierung in Bezug auf den Schuman-Plan; und wenn der Oppositionsführer meint, dass es von der Regierung unklug war, sich für eine vorhergehende Prüfung auszusprechen, so kann er für die Handlungsweise der Regierung nur seinen eigenen Ratschlag verantwortlich machen.

Tatsächlich hätte die Labour-Regierung, die sich derartig unmissverständlich zur Frage des Souveränitätsverzichts geäußert und eindeutig erklärt hatte, dass sie sich zu diesem grundsätzlichen Verzicht nicht verpflichten werde, ohne sich zuvor mit dem Parlament und dem Volk zu beraten, nicht anders handeln können, als sie es im Zusammenhang mit der Aufforderung der französischen Regierung getan hat. Ich glaube sogar, dass der Oppositionsführer, wenn er das Amt des Premiers bekleiden würde und wenn er konsequent wäre, ebenso gehandelt hätte wie der Premierminister.

Eines muss doch jedermann auffallen, weniger hinsichtlich des Wesens des Schuman-Plans als vielmehr hinsichtlich der Art und Weise, in der der Vorschlag unterbreitet wurde. Ich habe ihn bereits als eine Aufforderung bezeichnet. Viele von uns dürften ihn sogar eher als Ultimatum betrachten. Keine verantwortungsvolle Regierung hätte sich im Grundsatz einer Sache verschreiben können, die Großbritannien zum Verzicht auf seine Souveränität verpflichtet hätte, ohne den Vorschlag zuvor umfassend geprüft und dann dem Parlament und dem ganzen Land zur Erörterung vorzulegen. Wenn wir uns die Schuman-Dokumente ansehen und dabei insbesondere auf die Darstellung des Vorhabens im ersten Kommuniqué achten, dann fällt vor allem auf, dass der Plan – obwohl er insgesamt eher einen Entwurf darstellt – bereits eine Reihe sehr konkreter Vorschläge enthält, deren Annahme zu den Bedingungen der französischen Regierung für die Konferenz zählte.

Unter anderem wurde unmissverständlich dargelegt, dass sich die Behörde aus so genannten „unabhängigen Persönlichkeiten“ zusammensetzen sollte. Wir haben wohl ein Recht zu fragen, wer diese unabhängigen Mitglieder sind, die die europäische Kohle- und Stahlindustrie leiten sollen. Wer sind diese unabhängigen Personen, frei von nationalen Bindungen, frei von ökonomischer Befangenheit, derartige Ausbünde der Weisheit, dass sie qualifiziert wären, ohne jede Form demokratischer Verantwortung eine große europäische Industrie zu leiten, die letztendlich unser aller Leben beeinflusst? Diese unabhängigen Vertreter wären niemandem gegenüber verantwortlich. Sie würden eine Oligarchie darstellen, die Europa aufgezwungen wird und die – mit willkürlicher Macht und gewaltigem Einfluss ausgestattet – in der Lage wäre, über das Leben jedes einzelnen Menschen in diesem Land zu bestimmen.

Es trifft zu, dass mehrere Mitglieder der Opposition vorgeschlagen haben, bestimmte Schutzvorkehrungen in den Plan aufzunehmen, die einen Machtmissbrauch durch die Kontrollbehörde verhindern könnten. Wie sehen die Vorschläge der Franzosen zu diesen Schutzmechanismen aus? Die in der ersten Erklärung genannte Unabhängigkeit ist zweifelhaft, denn die einzelnen Mitglieder dieser Behörde hätten ja zwangsläufig persönliche, nationale, möglicherweise sogar geschäftliche Bindungen, auch wenn sie keinem gewählten Gremium gegenüber verantwortlich wären. Sie würden ein eigenmächtiges Organ bilden, eine undemokratische Gemeinschaft von Individuen, die keiner öffentlichen Kontrolle unterlägen.

Welche weiteren Garantien sieht Schumans Plan vor? Es gibt einen Vorschlag, der angesichts der gegenwärtigen Ereignisse in Korea beinahe lächerlich erscheint. Diesem Vorschlag zufolge soll ein Inspektor der Vereinten Nationen in der Behörde vertreten sein, der den Vereinten Nationen Bericht erstatten und sicherstellen soll, dass die Ziele der Behörde friedlich sind und mit den öffentlichen Interessen in Übereinstimmung stehen. Wer sollte dieser UNO-Inspektor sein? Ein Delegierter aus Guatemala – vielleicht jemand, der nicht die geringste Verbindung zur europäischen Stahlindustrie hat? Man kann unmöglich der Auffassung sein, dass ein Vorschlag dieser Art geeignet ist, um einen Machtmissbrauch durch die Behörde zu verhindern, wenn diese entsprechend den ursprünglich von Schuman gestellten Bedingungen eingerichtet werden sollte.

Selbst jetzt, da die Pariser Konferenz stattfindet, lesen wir von improvisierten Vorschlägen für eine Art demokratischer Kontrolle über diese Behörde. Wir haben erfahren, dass Herr Monnet ein *Ad hoc* Europaparlament vorgeschlagen hat, das – vermutlich – den Auftrag hätte, die Finanzen und die Arbeitsweise dieser Kohle- und Stahlbehörde zu überwachen. Aber es ist unvorstellbar, dass eine solche parlamentarische Versammlung, die eigens zu dem Zweck zusammengerufen wird, innerhalb kürzester Zeit die Arbeit der Behörde für ein ganzes Jahr zu prüfen, technisch und politisch in der Lage wäre, eine hinlängliche Überwachung zur Vermeidung von Machtmissbrauch zu gewährleisten?

Ich habe auf einige Schwachpunkte in den Vorschlägen hingewiesen, begrüße aber persönlich dennoch die Initiative von Robert Schuman aufgrund der grundsätzlichen Ziele dieser Vorschläge. Als Sozialisten waren wir schon immer davon überzeugt, dass eine der Wurzeln von Krieg, nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt, der Kampf um die Rohstoffe ist. Wenn es gelänge, durch einen Zusammenschluss der Kohle- und Stahlproduktion im Industriesystem Ruhr-Lothringen die gegenwärtige politische Teilung zu überwinden – die einerseits verhindert, dass das Eisenerz aus Lothringen seine natürliche und organische Verbindung mit der Kohle an der Ruhr eingeht, und andererseits solche Abnormitäten im politischen System Europas verursacht wie die Kontrolle über die Saar –, wenn wir damit Schluss machen könnten, wenn wir

die organische Einheit Europas wiederherstellen könnten, die der Schuman-Plan ja anstrebt, dann könnten wir zwei Ziele zur gleichen Zeit erreichen.

Wir würden nicht nur die Kohle- und Stahlindustrie leistungsstärker machen, sondern wir wären in der Lage, Deutschland und Frankreich – und uns selbst auch – wieder zusammenzubringen und damit die Konflikte zu vermeiden, die vor 1939 zu einer Folge von Kriegen geführt haben bzw., wo Absprachen bestanden, zu einer Reihe von Kartellen. Der Schuman-Plan – weit entfernt von der Idee eines auf Beschränkung bedachten Kartells – schlägt eine gewaltige Expansion der europäischen Kohle- und Stahlindustrie vor. Hier stellt sich die Frage, in welcher Form dieser Ausbau erfolgen soll. Welche Garantien haben wir, dass wir im Falle einer solchen Expansion nicht erneut in die Vorkriegssituation geraten, als Expansion immer auch mit so genannter Überproduktion verbunden war, die wiederum eine katastrophale Massenarbeitslosigkeit mit sich brachte?

Die europäische Eisen- und Stahlindustrie war Gegenstand keinerlei Planung, solange sie dem Chaos privaten Unternehmertums überlassen war. Daraus folgte, dass in Zeiten von Überproduktion die weniger leistungsstarken Unternehmen durch Bankrott aus dem Markt gedrängt wurden, aber durch diesen persönlichen Verlust entstanden große Schäden in Bezug auf den Lebensstandard und die Beschäftigungsbedingungen für eine Vielzahl von Arbeitern.

Um dem Chaos Herr zu werden und mehr System in die europäische Eisen- und Stahlindustrie zu bringen, setzten sich die großen Unternehmer zusammen und planten Kartelle – nicht mit dem Ziel, die europäische Eisen- und Stahlproduktion zu absorbieren, sondern vielmehr, um Fabriken zu schließen, zu rationalisieren und bestimmte Firmen aus der Herstellung zu drängen. Das Ergebnis waren hohe Preise und Massenarbeitslosigkeit. Mit anderen Worten, egal ob es Kartelle gab oder freies Unternehmertum herrschte, das Ergebnis war immer dasselbe: Massenarbeitslosigkeit in der Eisen- und Stahlindustrie Europas, solange diese Branche in den Händen privater Unternehmen lag oder ausschließlich durch private Unternehmen geplant wurde.

Der herausragende Vorteil des Schuman-Plans besteht darin, dass damit zum ersten Mal ein Vorschlag auf dem Tisch liegt, dem zufolge die Planung des Sektors nicht allein den Industriellen überlassen wird, die vor allem an ihrem Profit interessiert sind, sondern demzufolge der gesamte Sektor in Zusammenarbeit mit den Regierungen geplant wird. Aus diesem Grund sollten wir als Sozialisten das Anliegen dieses Plans begrüßen, wenngleich die bis jetzt von Herrn Schuman vorgeschlagene Struktur noch der Modifizierung bedarf. Auch wenn ich von Überproduktion gesprochen habe und dieses Wort in der gestrigen Debatte mehrfach fiel, müssen wir uns nicht nach Afrika wenden, um diese so genannte Überproduktion loszuwerden. Solange auch nur noch ein einziges Haus in Großbritannien zu bauen ist, solange in diesem Land Eisenbahnlinien und Schienenfahrzeuge und Autos gebaut werden müssen, ist es dumm und auch falsch, von Überproduktion der grundlegenden Rohstoffe zu sprechen.

Wir müssen Mittel und Wege zur Schaffung einer Organisation ersinnen, die weder eine eigenmächtig agierende hohe Behörde ist, wie sie Frankreich vorgeschlagen hat, noch eine Organisation von Regierungsvertretern wie die OEEC, die in gewissem Maße dadurch behindert wird, dass sie fast ausschließlich von Beamten geleitet wird, fähigen und angesehenen Beamten zwar, aber immer noch Beamten, die nicht gegenüber Wählern rechenschaftspflichtig sind.

Wenn es uns gelingen würde, eine Art Zwischending zu entwickeln – eine Organisation, die in der Lage wäre, die europäische Industrie zu koordinieren, die fähig wäre, die europäischen Interessen zu vereinen, in der nicht nur eine Reihe internationaler Beamten zu Beratungen zusammenkämen, nicht nur eine Reihe unabhängiger, von den Regierungen ernannter Persönlichkeiten, sondern eine Organisation, die die Arbeitgeber, die Gewerkschaften, die Verbraucher und die Regierungen tatsächlich repräsentieren würde – wenn wir ein solches Gremium schaffen könnten, dann hätten wir tatsächlich eine internationale Organisation, die fähig wäre, die Differenzen zwischen den unterschiedlichen Interessen in Europa zu beseitigen, sie in Einklang miteinander zu bringen, die ein Arbeitsgremium wäre, gegen das meine eigenen ehrenwerten Freunde nichts einzuwenden hätten. Das böte eine gemeinsame Grundlage, gegen die die Abgeordneten dort auf den Bänken gegenüber, die sich wohl vor allem für die Interessen der Arbeitgeber

einsetzen, keine Einwände haben könnten. Eine britische staatliche Gesellschaft als Arbeitgeber könnte mit den Unternehmern aus Frankreich oder den maßgebenden Arbeitgeberorganisationen aus Deutschland Seite an Seite arbeiten. Das ist die Synthese, um die wir uns bemühen sollten; das ist die gemeinsame Grundlage, auf der wir uns nach Möglichkeit treffen sollten.

Es ist gut möglich, dass es für eine solche Organisation noch keinen passenden Namen gibt. Wer allzu penibel in Fragen der Terminologie ist, könnte einwenden, dass es sich hier nicht um eine supranationale bzw. internationale Organisation handelt, wie wir sie heute kennen. Es kann also sein, dass – wie bereits in einem anderen Zusammenhang gesagt – eine Bezeichnung für diese Art von Organisation noch nicht existiert, aber wenn wir pragmatisch an diese Sache herangehen, wenn wir uns die tatsächlichen Vorteile ansehen, sollten wir meiner Überzeugung nach in der Lage sein, eine Alternative zum Schuman-Plan zu unterbreiten, die zur Koordinierung der europäischen Grundindustrien im Interesse des gesamten europäischen Kontinents führen wird.

Wir dürfen nicht davon ausgehen, dass der Schuman-Plan, welche Organisationsform er auch immer annehmen wird, in einem Vakuum existieren kann. Eines der grundlegenden Ziele des Schuman-Plans besteht darin, neben der Produktion auch den Verbrauch anzuregen. Wenn wir also den Verbrauch anregen wollen, muss es eine Technik-Organisation für Europa geben, ebenso eine Landwirtschafts-Organisation. Das bringt mich zu der Frage, die ich den Herren auf den Regierungsbänken stellen möchte: Wenn es einen Schuman-Plan für die Landwirtschaft gäbe, der eine Hohe Behörde für die europäische Landwirtschaft vorsähe, wären Sie dann bereit, zu den britischen Landwirten zu gehen und ihnen zu sagen: „Wir haben unsere Souveränität dieser Hohen Behörde überlassen, die von nun ab den britischen Landwirten genau vorschreiben wird, was sie zu tun haben“? Ich glaube, wenn ein Sprecher der Konservativen eine solche Aussage vor den Landwirten wiederholen würde, dann würde er meinen Freund, den Abgeordneten für Wednesbury (Mr. S.N.Evans), von seinem Platz auf ihrer Beliebtheitsskala verdrängen.

Die Umsetzung des Schuman-Plans wird zwangsläufig zur Gründung einer ganzen Reihe von untereinander abhängigen Organisationen führen. Deshalb ersuche ich die Regierung, nicht zu warten, bis die Debatte in Paris in Enttäuschung und gegenseitiger Schuldzuweisung endet. Wenn das passiert, dann wird meiner Meinung nach unsere sozialistische Idee von der konsensgetragenen Planung der europäischen Schlüsselindustrien auf Jahre verzögert werden. Ich hoffe sehr, dass wir nicht aus Prestigedenken oder einer anderen ähnlichen Erwägung heraus zögern, unsere Gedankengänge den Franzosen so bald als möglich mitzuteilen.

Ich habe eine Organisation mit viertelparitätischer Zusammensetzung vorgeschlagen – Arbeitgeber, Gewerkschaften, Verbraucher und Regierungen –, womit die Ansichten der Franzosen mit unseren eigenen unter einen Hut gebracht werden könnten. Wenn wir einen Vorschlag in dieser Art unterbreiten –

[...]

Ich möchte die Zeit des Parlaments nicht über Gebühr in Anspruch nehmen, aber ich wollte einen Vorschlag unterbreiten, der eine Brücke zwischen den Ansichten der Franzosen und unserem Standpunkt schlagen könnte.

Ich hoffe, dass die Regierung meine Empfehlung berücksichtigt und nicht wartet, bis die Konferenz in Paris beendet ist, bevor sie diesen oder einen anderen konstruktiven Vorschlag unterbreitet. In der Vergangenheit hat Großbritannien sich dem europäischen Gedanken sehr verbunden gezeigt. Wir haben uns finanziell und materiell stark am Wiederaufbau Europas beteiligt. Wir müssen jetzt beweisen, dass wir trotz Spott und Unverständnis von wem auch immer die Absicht haben, uns Seite an Seite mit dem Commonwealth durch unsere praktische Unterstützung um ein vereintes Europa bemühen, ein Europa, das in gutem Willen und durch Konsens vereint ist. Ich glaube, dass wir dadurch nicht nur Mittel und Wege finden können, um ein vereintes Europa, sondern auch die Grundlagen für eine vereinte Welt zu schaffen.

[...]

Mr. Churchill:

[...]

Mir hat die Art und Weise der französischen Regierung nicht gefallen, in der sie uns mit dieser großen Frage überfiel, und in der sie vor Beratungen mit ihren ehemaligen Kriegskameraden pedantische Bedingungen stellte. Ich muss zugeben, dass mich das geärgert hat. Ich bin ziemlich sicher, dass Frankreich sich keiner anderen britischen Regierung gegenüber so verhalten hätte wie gegenüber der derzeitigen. Aber es gibt eine Erklärung, die ich Ihnen präsentieren möchte. Es ist eine Erklärung, auch wenn es keine Entschuldigung ist, aber sie muss ausgesprochen werden. Was die Plötzlichkeit betrifft, so hatten die französischen Minister zweifelsohne das Gefühl, dass sie, nachdem wir ohne jegliche Vorwarnung ihre gesamte Wirtschaft und ihre Finanzen durch eine Abwertung in Schwierigkeiten gebracht hatten, nicht verpflichtet waren, sich mit unseren Befindlichkeiten in Bezug auf andere große Themen zu befassen. Ich sage damit nicht, dass sie das Recht hatten, sich in dieser Weise zu revanchieren. Freundschaften zeichnen sich dadurch aus, dass bei einer solchen Behandlung beide Seiten über den Dingen stehen und nachsichtig sind.

Es gibt außerdem eine Erklärung, die die Franzosen selbst zu der eigentlichen Frage anbieten könnten. Ganz offensichtlich hatten sie den Wunsch, dass die britische sozialistische Regierung ihre allgemeine grundsätzliche Zustimmung zur Politik einer Fusion der europäischen Schwerindustrien gibt und die Bereitschaft der Briten zur Beendigung des jahrhundertealten Streits zwischen Frankreich und Deutschland signalisiert, unter dem auch wir zu unseren Lebzeiten bereits gelitten haben. Warum haben sie das getan? Ich werde es dem Parlament erklären. Sie nahmen nämlich an, dass die britische sozialistische Regierung den Einigungsprozess Westeuropas bzw. das, was wir Europäische Bewegung nennen, nicht befürworten würde, und sie hatten allen Grund zu dieser Annahme.

Wir kennen die Fakten. Wir alle entsinnen uns – und mein Freund, der Abgeordnete für Warwick und Leamington (Mr. Eden), hat uns gestern noch einmal daran erinnert –, wie die sozialistische Parteiführung und Regierung ihren gesamten Einfluss geltend gemacht haben, um zu verhindern, dass die Mitglieder ihrer Partei an der Konferenz der Europäischen Bewegung im Sommer 1948 in Den Haag teilnahmen, und wie viele ihrer durch ein Versprechen gebundenen Mitglieder dennoch dort waren. Das sind allseits bekannte Tatsachen.

Was allerdings nicht publik gemacht wurde – auch wenn es durchaus bekannt ist und viele von uns immer wieder darauf hingewiesen wurden –, sind die ständigen Versuche des Außenministers und seiner Vertreter bei den Sitzungen des Europarates, die Befugnisse und die Entwicklung der Europäischen Versammlung zu behindern und zu beschränken; akzeptiert haben sie den Rat nur auf Druck der öffentlichen Meinung und ihrer eigenen Partei. Mir ist immer wieder von Anwesenden bei diesen Tagungen berichtet worden, dass die Briten regelmäßig ihren Einfluss nutzten, um Fortschritte zu bremsen und möglichst wenige Entscheidungen zu treffen. Fast jedes Mal wurde unser Außenminister – zu Recht oder zu Unrecht – als das Hindernis gesehen, das es zu überwinden galt. Es geht mir dabei nicht um seine persönlichen Motive. Wir alle bedauern seine Erkrankung, aber die lange Krankheit eines Ministers und seine bedauerliche Abwesenheit bei unseren Debatten wird den Gang der Ereignisse nicht aufhalten und uns auch nicht die Pflicht ersparen, uns mit den Ereignissen auseinanderzusetzen. Es tut mir leid, dass es so ist, aber daran kann keiner von uns etwas ändern.

Deshalb sage ich unumwunden, dass sich bei den Franzosen durch lange und bittere Erfahrung der Eindruck gefestigt hatte, dass die britische sozialistische Regierung und der britische sozialistische Außenminister der Bewegung für die europäische Einheit ablehnend gegenüberstanden und deshalb an einem Treffen zum Schuman-Plan nur teilnehmen würden, um diesen zunichte zu machen. Aus diesen Gründen hielten sie – meiner Meinung nach übertrieben und mit pedantischer Beharrlichkeit – daran fest, dass einer breiten und allgemeinen Übereinstimmung zu den großen internationalen Zielen Ausdruck verliehen werden sollte, die abzusehen waren und vor denen wir nun stehen.

Aber das ist keine Entschuldigung für die britische Regierung, deren eigene Vorurteile noch zu der französischen Pedanterie hinzukamen. Hätten wir einen handlungsfähigen Außenminister, der seine Arbeit bewältigen könnte, und ein vernünftiges Maß an gutem Willen gegenüber Freunden, Kameraden und

Verbündeten, die den gleichen immer größer werdenden Gefahren ausgesetzt sind, dann wäre diese seltsam verfahrenere Lage – die ja weniger eine Grundsatzfrage als Verfahren und Etikette betrifft – niemals entstanden bzw. hätte problemlos aus der Welt geschafft werden können.

Wenn das Unterhaus die Worte und die Haltung der Anträge der Konservativen und Liberalen dem Änderungsantrag der Regierung gegenüberstellt, die beide heute Abend zur Abstimmung stehen — denn wir können sicher nicht die im Änderungsantrag der Regierung gestellten Bedingungen akzeptieren, auch wenn wir nicht in der Lage sind, unseren eigenen Standpunkt durchzusetzen –, wenn also die Abgeordneten diese beiden Auffassungen vergleichen, dann werden sie Mühe haben zu verstehen, wie es zu diesem Rückschlag und dieser ausweglosen Situation kommen konnte. Dennoch müssen wir uns der derzeitigen Lage und den größeren Fragen in diesem Zusammenhang stellen. Auf beiden Seiten waren sie natürlich Gegenstand sorgfältiger Prüfung, deren Ergebnisse nun in Form des Antrags und Änderungsantrags vorliegen. Diese – darin stimme ich dem Abgeordneten für Nelson und Colne zu – stellen nun die Hauptthemen dar, mit denen wir uns befassen müssen. Darüber müssen wir heute Abend Stellung beziehen.

Wenn die Franzosen einen Beweis dafür brauchten, dass die britische sozialistische Partei und die Regierung gegen den Gedanken eines vereinten Europas sind und versuchen würden, jede internationale Konferenz, an der sie teilnehmen, zu bremsen und behindern, dann könnten sie dafür keinen überzeugenderen Beweis finden als das seltsame Pamphlet – ich habe es hier – des nationalen Vorstands der britischen Labour-Partei, dessen Erscheinen zeitlich so abgepasst ist, dass ich es nur als sehr kuriosen Zufall bezeichnen kann. Dieses Dokument führt aus, dass die britischen Sozialisten keinem europäischen System beitreten wollen, das nicht von Menschen ihres eigenen Schlages beherrscht wird, also von anderen Sozialisten. Das würde ich als das Dalton-Thema bezeichnen, deutlich zum Ausdruck gebracht beim Labour-Parteitag vor drei Jahren. Der ehrenwerte Herr sagte damals:

„Wenn die Vereinigten Staaten von Europa erfolgreich sein und ihren Völkern Nutzen bringen sollen, dann kann das nur in vollem Umfang geschehen, wenn sich alle Länder Westeuropas wie unsere Wähler im Jahre 1945 dem Glauben verpflichten, dass der Sozialismus unser aller Hoffnung ist.“

Dieser Gedanke wird in dem genannten Dokument wiederholt zum Ausdruck gebracht. Es läuft auf die Erklärung hinaus, dass, wenn Europa vereinigt werden und Großbritannien in dieser Union eine Rolle spielen soll, dies nur auf einer Ein-Parteien-Basis geschehen kann – und diese Partei wären die Sozialisten.

Das ist schäbig in dieser Zeit der Spannungen, und ich möchte dem Unterhaus zu bedenken geben, dass eine solche Haltung zu einem Zeitpunkt eingenommen wird, da der Sozialismus überall in der freien Welt diesseits des Eisernen Vorhangs an Boden verliert, zu einer Zeit, da es nirgendwo im Britischen Commonwealth oder in der englischsprachigen Welt oder in Westeuropa eine sozialistische Regierung gibt, abgesehen von Skandinavien, das einen Sonderfall darstellt und wo viele besondere Faktoren eine Rolle spielen. Als beispielsweise der sozialistische Ministerpräsident von Norwegen mit einer Mehrheit – einer tatsächlichen Mehrheit – wiedergewählt wurde, lautete seine erste Erklärung, es werde keine weiteren Verstaatlichungen mehr geben. Ähnliche Worte waren auch hier bei uns zu hören, aber der große Unterschied liegt darin, dass die Regierung über keine tatsächliche Mehrheit verfügt.

Die Regierung fordert uns auf, uns einem, wie der „Manchester Guardian“ es schön formuliert hat, „Inselsozialismus“ zu verschreiben und einen Unterschied zu machen zwischen uns und den Ländern, die nicht der gleichen Auffassung sind. Natürlich gibt es eine Ausnahme: die herausragenden, mächtigen, kapitalistischen, dem freien Unternehmertum verhafteten Vereinigten Staaten. Sie sind die Ausnahme. Aber sie zahlen ja auch die gewaltigen Hilfgelder, dank derer die Sozialisten behaupten können, sie könnten Vollbeschäftigung garantieren. Aber abgesehen von dieser großen Ausnahme wäre es eine einsame Pilgerreise, die wir antreten sollen. Die Sozialistische Partei, die diese selbstherrliche – ich könnte auch sagen: arrogante – Position vertritt, hat gerade festgestellt, dass sie in Großbritannien in der Minderheit ist. Sie musste unlängst ihre ganze Politik der Verstaatlichung ändern oder vorrübergehend aussetzen und sieht sich nun nach einer neuen Version des sozialistischen Themas um – ich sehe, dass der Lord President außer

Haus ist, vielleicht ist er gerade mit dieser Angelegenheit beschäftigt –, die sie in den Mittelpunkt ihres Klassenkampfes stellen kann. Im eigenen Lande sind die Sozialisten auf der ganzen Linie im Rückzug. Im Ausland versuchen sie, ihre Ideologie Nationen und Gesellschaften aufzudrängen, die sich nach bitteren Erfahrungen davon abgewandt haben.

Hätte die Regierung einen klareren Beweis für ihre Ablehnung gegenüber einer europäischen Union liefern können als die Nominierung des früheren Schatzkanzlers – der frühere und der jetzige Minister gehören für mich zusammen: Beide haben einen Beitrag zum Zustand unserer nationalen Finanzen geleistet, beide wollen sich nun auch in unsere Außenpolitik einmischen –, hätte die Regierung einen klareren Beweis erbringen können als die Nominierung dieses Herrn zum Leiter ihrer Hälfte der Delegation nach Straßburg, den sie als Vertreter entsenden will, obwohl sie seine Erklärung kennt? Ich sage, das ist der blanke Hohn. Ich wollte eigentlich das Wort „Verbrechen“ benutzen, aber nach genauerer Überlegung kam ich zu dem Schluss, dass dieses moderatere Wort die Sache im richtigen Verhältnis beschreibt. Ich fordere auch jetzt noch, es nicht zu tun. Wenn die Regierung darauf beharrt, wird vor allem sie selbst ihren Einfluss in Europa schwinden sehen, aber Leidtragende sind wir alle.

Ein oft gehörter Ausdruck in dieser Debatte war „die Infrastruktur einer supranationalen Behörde“. Wer diesen Ausdruck geprägt hat, liegt im Dunklen. Aber es ist gut möglich, dass die Begriffe „infra“ und „supra“ durch eine Gruppe von Intellektuellen in unsere politische Ausdrucksweise Eingang gefunden haben, die darauf erpicht sind, die Labour-Vertreter damit zu beeindrucken, dass sie in Winchester Latein gelernt haben. Auch wenn uns diese Begriffe nicht besonders gefallen, werden wir diese alten Schulkameraden nicht dran hindern, ihren bescheidenen Klassendünkel auszuleben.

Als ich gestern der Rede des Finanzministers zuhörte, war ich zutiefst bekümmert darüber, dass unsere Beziehungen zu Frankreich auf diesen langen legalistischen Streit reduziert werden, bei dem jeder Punkt mit großem Geschick abgehandelt wird, nur um letztlich zu einer ausweglosen Situation zu gelangen und diese zu rechtfertigen. Ich widerspreche der Behauptung des Ministers, der zufolge das Einverständnis zwischen Frankreich und uns in der Geschichte niemals größer war als heute. Man könnte das Gegenteil der Wahrheit kaum genauer formulieren.

Wirklich erstaunt aber hat mich die Art und Weise, wie dieser ehrenwerte und gelehrte Herr den Bruch mit den Dokumenten 12, 13 und 14 des Weißbuches begründet und jegliche Erwähnung von Dokument 10 unterlässt. Die brillante Erwiderung des Abgeordneten für Renfrew West (Mr. Maclay) deckte dieses eklatante Versehen auf – wir hoffen, dass es eines war –, denn in ihrem Memorandum vom 30. Mai (das heißt Dokument 10) hat die französische Regierung ausdrücklich eine Aussage getroffen, die hier im Unterhaus bereits verlesen wurde, die aber von solcher Wichtigkeit ist, dass ich sie noch einmal zitieren muss.

„Die besondere Position“ –

meinen die Franzosen –

„die die britische Regierung in diesen Verhandlungen bewahren möchte, wird in ihrem Memorandum mit der angeblichen Absicht der französischen Regierung begründet, als Vorbedingung für die volle Teilnahme an den Gesprächen eine Zusage zur Zusammenlegung der Kohle- und Stahlressourcen und zur Einrichtung einer Behörde mit bestimmten hoheitlichen Befugnissen einzufordern.

4. Wie ihre Vertreter die britischen Vertreter mündlich informiert haben, möchte die französische Regierung noch einmal bestätigen, dass dies nicht in ihrer Absicht liegt. Wie bereits in dem französischen Memorandum vom 9. Mai unterstrichen wurde, gibt es keine andere Verpflichtung als die Unterzeichnung eines Vertrages zwischen den betreffenden Staaten und dessen Ratifizierung durch das Parlament.“

An dieser Stelle hätte die britische Regierung sicher eine Teilnahme an der Konferenz zusagen können.

Der ehrenwerte und erfahrene Schatzkanzler hat uns die Frage gestellt, wie wir gehandelt hätten. Wir erwidern: Sobald uns die aus Dokument 10 ersichtliche Zusicherung gegeben worden wäre, dass es

„keine andere Verpflichtung gibt als die Unterzeichnung eines Vertrages zwischen den betroffenen Staaten und dessen Ratifizierung durch das Parlament“,

hätten wir nicht gezögert, an der Konferenz teilzunehmen; und wir hätten etwa in der Art der Niederländer geantwortet, mit ähnlichen Konditionen, wie sie in den Antrag eingeflossen sind, über den wir heute hier abstimmen müssen.

Der ehrenwerte und gelehrte Herr hat daraufhin ein alarmierendes Bild dessen gezeichnet, was geschehen könnte, wenn wir den Grundsatz einer supranationalen Hohen Behörde akzeptieren würden, die

„... dafür sorgen könnte, dass ein ganzes Kohlenrevier oder Zentrum der Stahlproduktion stillgelegt wird, ohne die soziale oder politische Verantwortung für ihr Handeln tragen zu müssen ...“ – [OFFIZIELLER BERICHT: 26. Juni 1950; Band 476, c.1942.]

Das ist gewiss einer der Punkte, die wir ganz entschieden bei der Konferenz hätten vorbringen können. Um den Krieg zu gewinnen, waren wir einverstanden, unsere Armeen dem SHAEF zu unterstellen, einer großen anglo-amerikanischen Organisation, die für dieses taktische und begrenzte Ziel bestand. Niemand hätte je gemeint, General Eisenhower sollte in der Lage sein zu bestimmen, welche Einheiten der britischen Armee verkleinert oder aufgelöst werden sollten, bzw. wie sie zu vergrößern oder umzustrukturieren seien oder Ähnliches. All diese Fragen unterlagen weiterhin der Kontrolle durch die autonomen, souveränen Staaten, die zu einem genau bestimmten funktionellen Zweck – ich verwende das Wort „funktionell“, weil es immer mehr in Gebrauch kommt – in eine größere Allianz eingewilligt hatten. Das ist sicher einer der Punkte, auf den wir hätten drängen können, und den wir sogar zu einer Bedingung für unsere Zustimmung zum endgültigen Plan hätten machen können.

Es ist schlichtweg irreführend, vorzugeben – wie es der Kollege getan hat –, dass wir durch die Beteiligung an den Verhandlungen, mit all den Garantien und Vorbehalten, die ich vorgetragen habe, gegen unseren Willen zu etwas in dieser Art hätten verpflichtet werden können. Ich möchte Folgendes hinzufügen, um meine Antwort an den Kollegen wirklich eindeutig auszudrücken. Wenn er mich fragen würde: „Würden Sie einer supranationalen Behörde zustimmen, die über die Macht verfügte, Großbritannien vorzuschreiben, keine Kohle mehr zu fördern oder keinen Stahl mehr zu produzieren und stattdessen Tomaten anzubauen?“, dann würde ich ohne zu zögern mit Nein antworten. Aber sollten wir nicht vor Ort sein, um diese Antwort zu geben?

Es gibt keine Aussagen zum Abstimmungsverfahren. Wir wissen nichts darüber, wie das Stimmrecht auf die einzelnen Mitglieder der supranationalen Behörde, wie auch immer sie aussehen wird, zu verteilen ist. Sicher ist jedoch, dass wir nicht in einen Beitritt einwilligen sollten – und dass die Ablehnung unser gutes Recht sein sollte –, wenn unsere wirtschaftliche Überlegenheit bei der Kohle- und Stahlproduktion nicht in vollem Umfang Berücksichtigung findet. Außerdem gibt es das Recht, einen solchen Vertrag zu kündigen. Das ist sicher ein Thema, mit dem wir uns nach einer Debatte hätten befassen können. Und schließlich stellt sich die Frage, ob es zwei Stufen der Mitgliedschaft geben kann – die Vollmitgliedschaft und die assoziierte Mitgliedschaft. Auch diese Frage sollte man im Auge haben. Ich kann nicht verstehen, warum eine Konferenz für die Lösung dieser Fragen nicht von Nutzen sein sollte, wenn wir dabei gewesen wären und sie mitgestaltet hätten. Wenn das nicht der Fall wäre, wenn wir nicht erfolgreich wären, dann hätten wir immer

noch ausreichende Schutzmaßnahmen; wir sollten nicht bei unserer Ehre oder in Treu und Glauben gezwungen werden, Entscheidungen zu akzeptieren, die wir als nicht praktikabel ansehen, sondern wir selbst würden darüber entscheiden.

Aber das ist noch nicht alles. Auch wenn die an der Konferenz teilnehmenden Minister oder Vertreter zu schwach oder zu nachgiebig wären, um sich für unsere wichtigsten Interessen und Rechte stark zu machen, selbst wenn sie zu einer Einigung am Konferenztisch kämen, wäre nichts entschieden, bevor nicht das Parlament die Ergebnisse ratifiziert hätte. Genau das bestätigten die Franzosen in ihrem Dokument Nr. 10 vom 30. Mai. Durch eine Teilnahme an dieser Konferenz zu den Bedingungen der französischen Regierung sollte auf keinen Fall die Autorität des Unterhauses in Abrede gestellt werden, über das Endergebnis zu urteilen, und zwar als Ganzes und nicht als Partei oder als Anhänger oder Gegner der Regierung. Die Autorität dieses Hauses wäre in keiner Weise geschmälert.

Wenn wir an der Konferenz teilnehmen, können wir unseren gesamten Einfluss und all unsere Argumente geltend machen; und wenn diese nicht akzeptiert werden, sind wir in keiner Weise zu einer Vereinbarung verpflichtet, es gäbe keine Vereinbarung, die uns binden würde. Stimmen unsere Delegierten dennoch zu, so hat das Parlament, wie gesagt, immer noch die Befugnis, nach ausführlicher Debatte zu urteilen und zu entscheiden, wenn es mit der Angelegenheit befasst wird. „Dabei sein oder nicht dabei sein“, das ist die Frage, über die wir heute Abend abstimmen müssen. Meiner Ansicht nach gehen wir kein Risiko ein, wenn wir dort sind, aber lassen Sie mich einige der Risiken erörtern, die wir eingehen, wenn wir nicht dort sind.

[...]

Jeder Abgeordnete sollte sich zwei einfache, praktische Fragen stellen: „Möchte ich, dass es mit der Einheit Westeuropas vorangeht?“ und unabhängig davon „Sollten wir nicht besser mit denselben Vorbehalten wie die Niederländer an der Konferenz teilnehmen?“ Mit diesen Fragen müssen wir uns heute befassen.

Als ich vor mehr als einem Monat vor der *Scottish Unionist Conference* in Edinburgh sprach, wussten wir noch viel weniger als heute. Dennoch schien der Kurs, den ich der Konservativen Partei empfahl, klar zu sein. Ich möchte dem Unterhaus vortragen, was ich sagte, denn zu jenem Zeitpunkt wusste ich noch nicht, dass sich daraus eine Kontroverse innerhalb der Partei entwickeln würde. Ich hoffe, Sie verzeihen, dass ich dies vorlese, aber ich glaube, es ist hier von Bedeutung:

„Auch wenn der Schuman-Vorschlag im Grundsatz richtig ist, müssen wir dennoch sorgsam erwägen, wie Großbritannien sich möglichst wirksam an einem solchen größeren Verbund der europäischen Industrie beteiligen kann. Wir müssen aufpassen, dass dies keine Senkung der britischen Löhne und keine Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsbedingungen mit sich bringt. Wir müssen, denke ich, uns den Grundsatz zu Eigen machen, uns am höheren, nicht am niedrigeren Niveau zu orientieren. Gewiss sind wir alle stolz auf die britische Stahlindustrie, die einen so großen Anteil an unseren Exporten ausmacht. Die Bedingungen, zu denen wir uns mit anderen Nationen auf dem Kontinent vereinen, müssen sorgsam bedacht und geprüft werden. Wenn wir die Leistung unserer Stahlindustrie durch Verstaatlichung zerstören oder auch nur schwächen, könnten wir schnell gegenüber den Ländern Kontinentaleuropas, die frei von sozialistischen Übergriffen sind, ernsthaft in Nachteil geraten. In diesen und anderen Punkten müssen wir uns rückversichern, während wir den Grundsatz und den Geist der Vorschläge aufrichtig begrüßen.“

Dies waren meine Worte, und zu ihnen stehe ich im Wesentlichen auch jetzt, und ich möchte Sie bitten, darüber heute Abend abzustimmen.

Wir werden gefragt, wie die Konservative Partei gleichzeitig die Verstaatlichung der Stahlindustrie ablehnen und auch nur den Gedanken einer Internationalisierung innerhalb eines europäischen Systems unterstützen kann. Das ist eine berechtigte Frage. Die Antwort lautet, dass wir eine Verstaatlichung der britischen Stahlindustrie ablehnen, weil wir sie weiterhin in den kompetenten Händen derer sehen möchten, die in

freiem Unternehmertum der Stahlindustrie ihre derzeitige herausragende Stellung unter unseren Industriezweigen verliehen haben. Trotz unseres Widerstands gegen eine Verstaatlichung haben wir uns niemals gegen ein bestimmtes Maß an staatlicher Kontrolle ausgesprochen; im Gegenteil, wir bestanden darauf. Was wir ablehnten und weiterhin ablehnen, ist staatliches Eigentum und staatliches Management – oder Missmanagement, wie es bisher oft der Fall war – der Industrie.

In dem Schuman-Vorschlag bleiben die Eigentumsverhältnisse unangetastet. Wir haben keine Bedenken gegen umfangreichere Maßnahmen der internationalen Koordination, wenn sie sich als praktikabel erweisen und im Einklang mit unseren wesentlichen Interessen stehen. Wir sehen keinen Grund, warum die Probleme der britischen Stahlindustrie nicht mit anderen europäischen Stahlunternehmen erörtert werden sollten, und hoffen, dass dabei eine von allen Seiten akzeptierte Organisation zum gegenseitigen Vorteil entsteht. In jedem Fall ist es für uns besser, an der Debatte teilzunehmen, als abseits zu stehen und die Dinge einfach geschehen zu lassen. Diesen Standpunkt vertritt die derzeitige Führung der britischen Stahlindustrie, und ich halte ihn für vernünftig und praktisch.

In ihrem Änderungsantrag spricht die sozialistische Regierung von ihrem Wunsch, die Verhandlungen von außen aufmerksam zu verfolgen, und begrüßt den Vorschlag von Herrn Schuman. Die französische Regierung hat versprochen, uns auf dem Laufenden zu halten. Aber verglichen mit einer Teilnahme an den Gesprächen und dem großen Einfluss, den wir unter Berücksichtigung unserer schwer wiegenden eigenen Interessen hätten ausüben können, bedeutet das gar nichts. Es ist etwas ganz anders, eine Konferenz von außen zu verfolgen, als oder federführend daran beteiligt zu sein. Möglicherweise wird ein Groll gegen die Regierung gehegt, die sich in den Augen der anderen trotz aller Vorsichtsmaßnahmen starrsinnig weigert, sich an den Verhandlungstisch zu setzen.

Hier sitzen die sechs Mächte an einem Tisch und diskutieren untereinander diese Fragen, und die Vereinigten Staaten ermutigen sie von der anderen Seite des Atlantiks aus – [*Unterbrechung*]. Nichts hat in den Vereinigten Staaten mehr Schaden angerichtet als die Veröffentlichung dieses Dokuments in diesem Land – und Großbritannien, obgleich nicht in Gefahr, Verpflichtungen eingehen zu müssen, erfindet Ausreden, kunstreiche Ausreden, der Konferenz fern zu bleiben, und zerstört damit vielleicht die Hoffnung auf eine allgemeine Einigung. Die Franzosen haben das Sprichwort „*Les absents ont toujours tort*“. Ich weiß allerdings nicht, ob man in Winchester auch Französisch lernt.

Ganz sicher besteht ein Risiko, wenn diese folgenschweren Angelegenheiten in unserer Abwesenheit erörtert werden. Wir können nicht sofort eingreifen. In unserer Abwesenheit könnten neue Probleme auftauchen, während wir hier sitzen. Alle möglichen Entwürfe für Vorschläge oder Entschließungen könnten unterbreitet werden, die niemals zu Papier gebracht worden wären, wenn wir vor Ort rechtzeitig unseren Einfluss hätten geltend machen können. Groll ist vielleicht zu viel gesagt. Lassen Sie es mich als ein „Gemeinschaftsgefühl“ der Anwesenden gegenüber dem Außenstehenden bezeichnen.

Die Löhne in Kontinentaleuropa sind niedriger als bei uns. Wenn der Durchschnitt zwischen den teilnehmenden Ländern gebildet werden sollte, könnte sich dies erheblich auf die Wettbewerbsfähigkeit dieser Länder im Export auswirken. Während unser Einfluss am Konferenztisch ausgereicht hätte, um die Waagschale in Richtung Großbritannien zu bewegen, scheint es mir nicht den Interessen der britischen Bergarbeiter und Stahlwerker zu entsprechen, wenn wir keine Möglichkeit haben, uns in ihrem Sinne für eine Angleichung nach oben auf dem Kontinent anstelle einer Angleichung nach unten einzusetzen.

Es gibt einen weiteren Grund, warum der Boykott der Konferenz bedauerlich ist. Durch die Abwesenheit Großbritanniens wird das Gleichgewicht in Europa gestört. Ich bin in jedem Fall für eine Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland und auch dafür, Deutschland wieder in die europäische Familie aufzunehmen, aber das setzt voraus, wie ich immer wieder betont habe, dass Großbritannien und Frankreich in den Hauptfragen gemeinsam handeln, damit sie Deutschland, das so viel stärker ist als Frankreich allein, auf Augenhöhe begegnen können. Ohne Großbritannien wird die Kohle- und Stahlgemeinschaft in Westeuropa zwangsläufig von Deutschland dominiert, das deren mächtigstes Mitglied sein wird. Dieser Aspekt wurde auch gestern von dem Abgeordneten für Coventry Ost (Mr. Crossman) unterstrichen.

Ich ersuche beide Fraktionen des Unterhauses, darüber nachzudenken, ob dies wirklich eine kluge Politik zum Zeitpunkt des Wiederaufbaus Europas ist. Man kann sich kaum einen Kurs vorstellen, der die europäischen Interessen im Allgemeinen und die britischen im Besonderen weniger berücksichtigt, als den, zu dem die Regierung nicht nur das Unterhaus, sondern auch ihre eigene Partei zwingen will.

Ich habe dieses Dokument, dieses Braunbuch, erwähnt. Es gab allerdings in dem sozialistischen Pamphlet eine Erklärung, der ich aus ganzem Herzen zustimmen kann. Ich meine die Erklärung gegen Europa als dritte Kraft zwischen Amerika und Russland und als „neutraler geografischer Block“. Das war die Ansicht vieler Sozialisten, die meine Fulton-Rede im Jahr 1946 verurteilten. Ich bin froh, von diesem Widerruf zu lesen, und vertraue darauf, dass der Lernprozess weitergeht.

Ich persönlich betrachte die Neutralität Deutschlands bzw. Westdeutschlands, zumal Frankreichs und der anderen sechs Mächte, die derzeit in Paris zusammen tagen, als eine Katastrophe, die nur noch von einem wirklichen Krieg zu übertreffen wäre. Es würde bedeuten, dass nicht nur Westdeutschland, sondern auch die anderen europäischen Staaten in der neutralen Zone einer nach dem anderen und Stück für Stück unterminiert und bezwungen würden, wie wir es am Beispiel der Tschechoslowakei gesehen haben, die vor unseren Augen verschlungen wurde. Die Frage, die sowohl die Verfasser des Pamphlets als auch wir uns stellen müssen, lautet, ob die mangelnde Bereitschaft Großbritanniens, sich in einer Bewegung für eine europäische Vereinigung zu engagieren, nicht die Gefahr der Herausbildung eines neutralen geographischen Blocks birgt, und ob wir durch unser Unterlassen nicht die Verantwortung dafür übernehmen müssen, dass genau die Situation eintritt, die das sozialistische Exekutiv-Komitee in dem Pamphlet zu Recht befürchtet.

Tief bewegt hat mich am Schuman-Plan die entschiedene Geste Frankreichs in Richtung einer echten Aussöhnung mit Deutschland auf der Grundlage einer solchen Maßnahme wie der Zusammenlegung der Schwerindustrien, die bei einer guten Entwicklung einen erneuten Krieg zwischen diesen beiden Nationen unmöglich machen würde. Als ich vor vier Jahren forderte, dass Frankreich Deutschland bei der Hand nehmen und in die europäische Familie zurückführen sollte, konnte ich noch nicht hoffen, dass ein solches historisches Ereignis so bald Realität werden könnte.

Sie könnten mich natürlich fragen, ob ich diese Entwicklung ebenso begrüßt hätte, wenn es die russische Bedrohung nicht gäbe, oder die sowjetische Regierung oder die kommunistische Bewegung in vielen Ländern. Ich würde antworten: „Ja, selbstverständlich.“ Die Einigung Frankreichs und Deutschlands, ob nun direkt oder innerhalb eines größeren europäischen Bündnisses, ist ein barmherziger und ruhmvoller Schritt zur Wiederbelebung Europas und zum Weltfrieden. Die Existenz einer sowjetischen und kommunistischen Gefahr steigert nur den Wert und Dringlichkeit dieses Bündnisses. Darin werden sicher alle Fraktionen dieses Hauses übereinstimmen.

Niemand kann zu Recht behaupten, dass wir mit einem solchen Tun und Fühlen die Interessen des Britischen Empire und des Commonwealth schädigen. Jedermann weiß, dass sie in all unseren Überlegungen stets an erster Stelle stehen: Zuerst das Empire und das Commonwealth, an zweiter Stelle der brüderliche Verbund der englischsprachigen Welt; an dritter Stelle, nicht nach Rang oder Status, sondern in der Reihenfolge, die Wiederbelebung des vereinten Europas als wesentlicher Faktor für die Erhaltung dessen, was von der Zivilisation und Kultur der freien Welt übrig geblieben ist. Wenn sozialistische Redner behaupten, sie seien die Sachwalter des Britischen Empire und Commonwealth of Nations, und sich vor Augen hält, dass sie sich nicht einmal die Mühe machten, das Commonwealth über den Gang der Dinge zu informieren, dann kann man sich eines Gefühls der Verachtung nicht erwehren.

Der Premierminister (Mr. Attlee): Worauf beziehen Sie sich bei der Aussage, dass wir uns nicht die Mühe gemacht hätten, das Commonwealth über den Gang der Ereignisse zu informieren?

Mr. Churchill: Ich spreche vom Schuman-Plan.

Der Premierminister: Sie sind völlig im Unrecht. Die Staaten des Commonwealth waren umfassend informiert.

Mr. Churchill: Möchten Sie damit sagen, dass die Staaten zur Ablehnung der Regierung, der Einladung von Schuman zuzustimmen, konsultiert worden sind?

Der Premierminister: Sie haben behauptet, dass sie außen vor waren und dass wir niemanden informiert hätten. Jeder mit Erfahrung in Angelegenheiten des Commonwealth weiß, dass die Commonwealth-Staaten über alles auf dem Laufenden gehalten werden, und wenn sie etwas zur Sprache bringen möchten, dann bringen sie es gegenüber den anderen Mitgliedern des Commonwealth zur Sprache. In einer Angelegenheit, die vorwiegend ein Mitglied des Commonwealth betrifft, werden sie umfassend informiert und können Probleme ansprechen, wenn sie dies wünschen.

Mr. Churchill: Ich muss etwas genauer darauf eingehen, da ich einen anderen Eindruck erhalten habe. Ich hatte dabei nur im Sinn, was hier im Unterhaus geschah. Ich denke, dass der Schuman-Plan unerwartet kam, und der Premierminister gab hier im Unterhaus kurzfristig eine Erklärung ab, in der er die Initiative begrüßte. Ich weiß nicht, ob die Dominions sich dazu äußern wollten, habe aber keine Zweifel daran. Ich bezweifle sehr, dass sie Gelegenheit hatten, ihre Meinung zum Verlauf der Dinge zum Ausdruck zu bringen, bevor der Premierminister Stellung bezog.

Als ich während der Atlantik-Konferenz im Jahr 1941 von Herrn Roosevelt um Zustimmung zur Abschaffung des Systems der Vorzugszölle ersucht wurde, antwortete ich sofort, dass wir eine solche Entscheidung niemals treffen könnten, ohne zuvor die Dominions zu konsultieren, und dass dies einige Zeit in Anspruch nehmen würde. Dieses Argument war stichhaltig, unter anderem wegen des Zeitfaktors für das Abfassen eines *Kommuniqués*, das dem Präsidenten so wichtig war. Ich wüsste kein besseres Argument, das die Regierung gegenüber unseren französischen Freunden hätte einsetzen können, wenn sie mehr Zeit für eine Stellungnahme gebraucht hätten, als die Behauptung, dass die Dominions in dieser Angelegenheit konsultiert werden müssten; mittels eines Telegramms sollte ihnen die Möglichkeit gegeben werden, eine wohlüberlegte Ansicht zu formulieren. Dass sie auf diese Idee nicht gekommen ist, ist nur ein weiteres Beispiel für den außerordentlichen Mangel an Effizienz in der Art und Weise, wie unsere Politik gegenwärtig betrieben wird.

Es gibt noch einen oder zwei Punkte, die ich ansprechen muss. Der Kollege aus Coventry East fragte die Tory-Partei gestern Abend, ob sie für eine föderale Union Westeuropas sei. Ein derartig riesiger Schritt wie die Schaffung einer föderalen europäischen Union in der Art der Vereinigten Staaten Europas ist keine Frage, deren Entscheidung uns zusteht. Sie stellt sich in erster Linie den Völkern Europas. In unserer Europäischen Bewegung haben wir mit Föderalisten zusammengearbeitet, und wir haben immer betont, dass wir zwar den gleichen Weg gehen, aber nicht denselben Zielen verpflichtet sind. Ich persönlich habe öffentlich stets abgelehnt, dass wir bereits in dieser Phase in all die Wirren und Probleme eines starren Verfassungsprozesses hineingezogen werden, der Menschen einer bestimmten Geisteshaltung so sehr anspricht. Es ist bedauerlich, dass der Kollege aus Coventry East wie so oft eine gute Rede verdorben hat, in dem er völlig zu Unrecht behauptete, dass eine europäische Union

„von Föderalisten regiert und finanziert wird“. — [OFFIZIELLER BERICHT. 26. Juni 1950; Band. 476, c. 2043.]

Das stimmt keineswegs, und ich bin froh, dass mein Freund, der Kollege aus Aberdeenshire East (Mr. Boothby) dies mit seiner Rede heute Nachmittag wirksam entkräftet hat.

Mr. Crossman (Coventry, East): Wenn das nicht stimmt, möchte ich es zurücknehmen.

Mr. Churchill: Sicher, was die Europäische Bewegung betrifft – und ich habe mir die Mühe gemacht, Auskünfte einzuholen, als ich hörte, was Sie dazu zu sagen hatten –, so sind sie von freiwilligen Beiträgen aus England und Amerika abhängig, und sie hatten keinerlei Probleme, die erforderlichen Mittel zu beschaffen.

Ich habe den Eindruck, dass die Probleme einer europäischen Föderation auf dem Kontinent in zunehmendem Maße erkannt werden und dies einer der Gründe dafür ist, dass man eher nach dem sucht, was ich „funktionelle“ Zusammenschlüsse nenne, wie die vorgeschlagene Zusammenlegung der Schwerindustrien. Aber die Frage, die wir für uns selbst beantworten müssen – und sicher gibt es genug Zeit für reifliche Überlegung – lautet, welche Verbindungen Großbritannien mit einer Föderalen Union Europas haben sollte, wenn diese tatsächlich im Lauf der Zeit entstehen sollte?

Die Frage muss nicht heute beantwortet werden, aber ich möchte in aller Bescheidenheit eine klare Antwort geben. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Großbritannien in näherer Zukunft ein einfaches Mitglied einer auf Europa beschränkten föderalen Union sein wird. Wir sollten meiner Meinung nach sämtliche Entwicklungen in Europa befürworten und fördern, die sich in natürlicher Weise aus der Abschaffung von Hindernissen ergeben, aus einem Prozess der Versöhnung und einem Vergessen der schrecklichen Vergangenheit, ebenso wie aus den gemeinsamen künftigen und gegenwärtigen Gefahren. Auch wenn eine verbindliche und konkrete föderale Verfassung für Europa nicht im Bereich des praktisch Möglichen liegt, sollten wir in jeder erdenklichen Weise die Bewegung in Richtung der europäischen Einheit befürworten, fördern und unterstützen. Wir sollten ständig nach Mitteln suchen, eng darin eingebunden zu werden.

Darin werden wir von vielen führenden Staatsmännern in allen Parteien und allen Staaten des Commonwealth unterstützt, von den Herren Menzies und Evatt in Australien, Fraser in Neuseeland, General Smuts – für dessen Genesung wir beten – sowie den Herren MacKenzie King und St. Laurent in Kanada. Sie alle haben sich wärmstens für eine weitere Bewegung in Richtung der europäischen Einheit ausgesprochen und dafür, soweit ich weiß, keine starren oder festen Grenzen gesetzt.

Angesichts unserer Stellung im Mittelpunkt des Britischen Empire und Commonwealth und unserer brüderlichen Verbindungen zu den Vereinigten Staaten innerhalb der englischsprachigen Welt könnten wir keine Vollmitgliedschaft in einem föderalen europäischen System akzeptieren. Wir müssen unseren Weg zu einer globalen Einheit über die Vereinten Nationen suchen, die hoffentlich eines Tages mit drei oder vier regionalen Gruppen neu gegründet wird, zu denen sicher ein vereintes Europa gehören würde. Durch seine einzigartige Stellung in der Welt hat Großbritannien die Chance, wenn es sich ihrer als würdig erweist, eine wichtige und möglicherweise sogar entscheidende Rolle in allen drei größeren Gruppierungen der westlichen Demokratien zu spielen. Sorgen wir dafür, dass wir dessen würdig sind.

Die Welt entwickelt sich in Richtung der gegenseitigen Abhängigkeit der Nationen. Überall um uns herum spüren wir den Glauben, dass darin unsere größte Hoffnung besteht. Wenn eine unabhängige, individuelle Souveränität sakrosankt und unverletzlich ist, warum streben wir dann alle nach einer Weltorganisation? Es ist eine Idealvorstellung, der wir uns verschreiben müssen. Warum haben wir diese Verantwortung für die Verteidigung Westeuropas übernommen und uns damit wie nie zuvor mit dem Schicksal von Ländern verbunden, die nicht durch die Wellen und Gezeiten des Ärmelkanals geschützt werden? Warum haben wir akzeptiert und bemühen uns unter der gegenwärtigen Regierung eifrig darum, von der Großzügigkeit der Vereinigten Staaten zu leben und uns so in finanzielle Abhängigkeit zu begeben? Dies kann nur gerechtfertigt und toleriert werden, weil auf beiden Seiten des Atlantiks erkannt wird, dass die Interdependenz Teil unseres Glaubens und der Weg zu unserer Rettung ist.

Niemand kann behaupten, dass unsere Souveränität allein durch die Teilnahme an den Verhandlungen beeinträchtigt würde, die hier heute Thema des Antrags und des Änderungsantrags sind. Sie ist durch die verschiedenen Vorsichtsmaßnahmen, die ich bereits erwähnte, gut geschützt. Dennoch gibt es einen wichtigen moralischen und idealistischen Aspekt, der zwar für unser unmittelbares Ziel irrelevant ist, aber durch die Diskussionen aufgeworfen wurde. Wir stehen vor der herausfordernden Frage: „Seid ihr bereit, um der größeren Sache willen unter bestimmten Umständen auf einen Teil eurer nationalen Souveränität zu verzichten?“ Mein Freund, der Kollege aus Warwick und Leamington, der über langjährige Erfahrungen in der Außenpolitik verfügt, hat sich diesem zwar theoretischen Thema klar und deutlich gestellt. Die Konservative und die Liberale Partei geben ohne zu zögern zu, dass sie bereit sind, Abstriche bei der nationalen Souveränität in Betracht zu ziehen und sich gegebenenfalls überzeugen zu lassen, sofern sie mit den Bedingungen und Vorsichtsmaßnahmen einverstanden sind.

Ich gehe sogar noch weiter und sage, dass wir im Interesse der Weltorganisation sogar Risiken eingehen und Opfer bringen würden. Wir haben ein ganzes Jahr lang allein gegen die Tyrannei gekämpft, und das nicht aus rein nationalen Beweggründen. Es ist wahr, dass davon unsere Leben abhängen, aber wir haben umso besser gekämpft, weil wir überzeugt waren, dass wir nicht nur unsere eigene Sache vertraten, sondern dass es um die ganze Welt ging, als der Union Jack in den Jahren 1940 und 1941 weiter gehisst war. Der Soldat, der sein Leben gab, die Mutter, die ihren Sohn beweinte, die Frau, die ihren Mann verlor, haben Inspiration und Trost erhalten und das Gefühl, mit dem Großen und Ewigen verbunden zu sein, durch die Tatsache, dass wir für etwas kämpften, was nicht nur für uns, sondern für die gesamte Menschheit kostbar war. Die Konservative und die Liberale Partei erklären, dass die nationale Souveränität nicht unantastbar ist und spürbar eingeschränkt werden kann, wenn dies den Menschen in allen Ländern hilft, wieder zueinander zu finden.